

„Green Economy – Was kostet die Welt?“

Prof. Dr. Kirk Junker, Universität zu Köln

Guten Abend meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Frau Dr. Linzmeier, ich danke Ihnen für die Einladung zur heutigen Ausstellungseröffnung „Green Economy – was kostet die Welt?“ Sie haben mich gebeten, ein paar Worte über die grüne Ökonomie aus der Sicht eines Juristen an das Publikum zu richten.

Ich halte es für einen guten Anfang, zunächst einmal zu hinterfragen, warum das Leitbild der grünen Ökonomie – wie am heutigen Abend - eigentlich kritisiert wird. Ist es nicht das, was seit Jahrzehnten von Umweltbewegungen gefordert wird; eine grüne Ökonomie?

Menschen setzen sich mit Umweltproblemen auf unterschiedliche Art und Weise auseinander. Ich unterscheide dabei grob drei Gruppen:

- Die erste Gruppe beinhaltet Personen, die sich für Umweltprobleme nicht wirklich interessieren. Sie sagen „green economy“, sie meinen „green washing“. VW und BP und alle ihre Kunden gehören dazu.
- Die zweite Gruppe besteht aus den Personen, die verstehen, daß sich die Welt in einer ökologischen Krise befindet. Unter ihnen sind „green economists“. Der berühmteste grüne Ökonom Pavan Sukhdev macht ganz deutlich: wenn wir uns lediglich auf eine Temperaturbegrenzung von 2 Grad und eine CO²-Obergrenze von 450 ppm einigen können, dann einigen wir uns damit gleichzeitig darauf, alle Korallenriffe der Welt zu töten, die 500 Millionen Menschen ernähren. Aber diese Entscheidung wird dennoch in jedem Fall getroffen werden, denn die Personen dieser zweiten Gruppe sind davon überzeugt, daß ökonomische Lösungen die einzigen realistischen Lösungen sind. Das ist aber nicht neu. Michael Porter von der Harvard Business School hat bereits in 1979 sein sogenanntes „Porter-Principle“ veröffentlicht. Heute sehen wir die Ergebnisse. Und dies bringt uns schließlich zu der dritten Kategorie.

- In dieser finden sich Personen, die glauben, eine realistische Lösung beginnt damit, daß wir uns in der Art und Weise ernähren und kleiden können, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können.

Denker der Kategorie 2 – die „green economists“ – nehmen an, daß Menschen nur vom gewohnten „**Weiter so**“ abweichen, wenn diese Änderung in bereits etablierte Muster passt. Für sie ist dies „realistisch“. Für mich hat es sich jedoch als unrealistisch erwiesen. Hier kommt mein Beweis.

Viele Konzepte der Grünen Ökonomie erscheinen häufig wie eine konsensfähige Abkehr vom „Weiter So“ - als eine Art der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie. Sie präsentieren uns eine Lösung, die es uns erlauben soll, mit möglichst wenigen Veränderungen unseres Verhaltens weltweit Wohlstand zu erhalten und zu fördern und dank der Erweiterung des Marktes einfach weiterhin auf den Markt zu vertrauen. Es besteht aber die Gefahr, dass Probleme zwar richtig erkannt und benannt werden, aber daß das Ausmaß des notwendigen Umsteuerns unterschätzt oder gar verharmlost wird. Es erscheint doch fragwürdig, ob die Ausweitung von Marktmechanismen die erforderliche Lösung anbieten kann. Und eigentlich muß bereits die Prämisse, dies sei überhaupt möglich, hinterfragt werden. Die hierin angelegte Instrumentalisierung von Natur und Gesellschaft als Finanzobjekte bedarf eines genaueren Hinsehens. Und so wollen wir uns heute, nicht ohne eine gewisse Ironie, des ökonomischen Gedankens annehmen und uns fragen: Was kostet die Welt?¹

Der Bankier und grüne Ökonom Pavan Sukhdev, welcher auch *Special Adviser* und Leiter der *Green Economy Initiative* des Umweltprogramms der Vereinten Nationen ist, drückte es so aus: „We use nature because it’s valuable, but we lose it because it’s free.“² Sukhdev versucht daher mit dem Projekt *The Economics of Ecosystems and Biodiversity (TEEB)* die Werte der Natur darzustellen. Mit Wert sind hierbei ökonomische Werte gemeint. Alleine das ist bereits bemerkenswert: wenn wir von Wert sprechen, meinen wir etwas, das finanziell meßbar ist.

¹ Vgl. zu diesem Abschnitt: Kritik der Grünen Ökonomie, Fatheuer/Fur/Unmüßig, S. 8ff.

² Yale Environment 360, Putting a Price on The Real Value of Nature, Interview vom 05. Januar 2012, abrufbar unter: http://e360.yale.edu/feature/putting_a_price_on_the_real_value_of_nature/2481/ (zuletzt aufgerufen am 24.10.2016)

Schauen wir uns doch einmal ein Beispiel einer juristischen Lösung an, die unter Marktmechanismen subsumiert wird:

Im Kyoto Protokoll wurde als primäre Pflicht die Verpflichtung zur Reduktion der CO₂ Emissionen festgehalten. Nur wenn es den Staaten nicht möglich sein sollte, die Emissionen in ausreichendem Maß zu reduzieren, sollten sie die Möglichkeit haben, von drei flexiblen Mechanismen, wie dem Emissionshandel, Gebrauch zu machen.

Das Emissionshandelssystem ist ein marktbasierendes Instrument, um den Ausstoß klimaschädlicher Gase zu kontrollieren. Der Emissionshandel ist, wenn man so will, eine US-Amerikanische Idee. Sie sollte damals den Schwefeldioxydausstoß in den USA kontrollieren. In der Tat hat dieses System in den USA einen Beitrag zur Reduktion der Schwefelverbindungen in der Atmosphäre geleistet. Daher ist es nicht überraschend, dass es die USA waren, die den Emissionshandel in Bezug auf Treibhausgase als einen sogenannten flexiblen Mechanismus für das Kyoto Protokoll vorschlugen. Was überraschend war, ist, dass dieser zwar aufgenommen wurde, die USA das Protokoll jedoch nie ratifizierten.

Emissionshandel basiert auf dem sogenannten "*Cap and Trade*" Prinzip. Es wird zunächst eine Obergrenze festgelegt, wie viel CO₂ höchstens emittiert werden darf. Diese sollte eine möglichst knapp bemessene Obergrenze darstellen, die *Cap* genannt wird. Den Unternehmen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen am Emissionshandel teilnehmen, wird dann aus dem *Cap* eine bestimmte Anzahl Emissionsberechtigungen zugeteilt – entsprechend festgelegter Zuteilungsregeln. Durch die Begrenzung der verfügbaren Emissionsberechtigungen werden den Unternehmen konkrete Minderungsziele vorgegeben. Die Berechtigungen sind handelbar (*Trade*) und dienen somit als eine Art Gutschrift. Durch die Umrechnung von CO₂ in handelbare Gutschriften, erhält die Tonne CO₂ einen konkreten Wert. Die Höhe des Wertes wird durch den Markt bestimmt.³ Zurzeit gibt es insgesamt 17 solcher Systeme weltweit.

Das EU-Handelssystem für Emissionszertifikate wurde 2005 eingeführt und ist das zentrale Element der EU-Klimapolitik. Waren die CO₂-Preise zwischen 2008

³ Vgl. zu diesem Absatz: Grundlagen des Emissionshandels, Umweltbundesamt, abrufbar unter: https://www.dehst.de/DE/Emissionshandel/Grundlagen/grundlagen_node.html (zuletzt aufgerufen am: 26.10.2016)

und 2010 bereits von knapp 30 auf unter 15 EUR gefallen, erlebte der Markt in der zweiten Jahreshälfte 2011 einen weiteren Preissturz. Inzwischen liegt der Preis für CO²-Zertifikate bei nur noch knapp 6€. ⁴ Dieser Preisverfall hat unterschiedliche Ursachen. Wichtig sind seine verheerenden Auswirkungen. In Kombination mit günstigen Kohle- und hohen Gaspreisen führte dieser Verfall in Europa zu einem Kohleboom. So kam es in den Jahren 2010 bis 2013 zu einem Emissionsanstieg in diesem Sektor um 6%. Länder wie Großbritannien versuchen, mit Mindestpreisen dem Problem entgegen zu treten. Aber selbst ein höherer Preis, der seit Jahren nicht in Sicht ist, würde nur eine quantitative Kontrolle ermöglichen und nicht einen Umbau des Wirtschaftssystems. ⁵

Das Verhältnis von Recht und CO²-Emission kann als Metapher für das Verhältnis zwischen Natur und Wirtschaft gesehen werden. Jedoch scheinen sowohl der politische, als auch der gesellschaftliche, Diskurs Kyoto und Emissionshandel gleichzusetzen und dabei zu vergessen, dass ihre eigentliche rechtliche Verpflichtung die Reduktion der Emissionen ist und nicht das „in Gang setzen“ und Erhalten eines Emissionshandelssystems. Was wir an diesem Beispiel erkennen können, ist, dass der kleinste gemeinsame Nenner der Markt zu sein scheint. Aber genau das gilt es zu verändern!

Recht kann hierbei auf unterschiedliche Weise als Gestaltungsmittel genutzt werden. Es kann nicht nur als Rahmen zur Etablierung eines wirtschaftlichen Handelssystems herangezogen werden. Es kann Menschen weiterbilden, ihr Verhalten ändern und Systeme umgestalten. Sehen wir uns als Beispiel das Wiener Abkommen zum Schutz der Ozonschicht von 1985 und das darauf basierende Montrealer Protokoll von 1987 an. Die Völkergemeinschaft erkannte das große Risiko von FCKW und schuf mit diesen Instrumenten einen präzisen Zeitplan für den weltweiten Ausstieg aus der Produktion und der Verwendung dieser Stoffe. Dieser Zeitplan wurde seither mehrfach verschärft. Inzwischen ist das Montrealer Protokoll von allen 197 UN-Staaten der Welt ratifiziert worden und zeigt Wirkung: Bis 2004 ging der weltweite FCKW-Einsatz

⁴ CO₂ Emissionsrechte, Börse Online, abrufbar unter: <http://www.boerse-online.de/rohstoffe/co2-emissionsrechte> (zuletzt aufgerufen: 26.10.2016); EU-weiter Handel mit Emissionszertifikaten drückt CO₂-Ausstoß, IFW Kiel, abrufbar unter: <https://www.ifw-kiel.de/medien/medieninformationen/2014/eu-weiter-handel-mit-emissionszertifikaten-druckt-co2-ausstos> (zuletzt aufgerufen am 26.10.2016)

⁵ Kritik der Grünen Ökonomie, Fatheuer/Fur/Unmüßig, S. 80.

bereits um rund 97 Prozent zurück, in Deutschland sogar um mehr als 98 Prozent.⁶

Richten wir unseren Blick schließlich noch kurz in die Zukunft. Mit dem Abkommen der UN-Klimakonferenz in Paris im Jahr 2015 versucht die Welt, in eine nächste Phase des Klimaschutzes einzutreten. Doch leider beinhaltet auch dieses Abkommen keine genauen Vorgaben und Pläne zur Reduktion gefährlicher Emissionen. Es bleibt daher abzuwarten und zu beobachten, ob dieses Instrument einen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann.

Abschließend möchte ich auf das Thema der Ausstellung zurückkommen – auf unsere Ausgangsfrage - „was kostet die Welt?.“

In der industrialisierten Welt geschieht Veränderung sehr schnell. Wenn wir bereits im Jahr 1979, als das Porter Principle bekannt gemacht wurde, sofort und vollständig eine „green economy“ eingeführt hätten, dann hätte dies eine Lösung sein können. „Green Economy“ ist eine Lösung aus der Vergangenheit für die Vergangenheit. Was ist die Alternative? Ich habe erst letzte Woche die Möglichkeit gehabt, Lucy zu sehen, die Überreste einer menschlichen Kultur, die vor 3,5 Millionen Jahren in Äthiopien gelebt hat und dies hat mich daran erinnert, wie jung Industrialisierung und ihre Ökonomie eigentlich sind. Wir Menschen haben auf andere Art und Weise existiert. Wir sind nicht homo oeconomicus, wir sind homo sapiens!

Kunst hat die Fähigkeit, eine andere Sichtweise auf die Dinge zu schaffen. Lassen wir uns also nun von den Roll-ups und den Bildern inspirieren, unser Sichtweise und Denkweise zu ändern.

Ich danke Ihnen.

⁶ Kurzinfo Schutz der Ozonschicht, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, abrufbar unter: <http://www.bmub.bund.de/themen/luft-laerm-verkehr/luftreinhaltung/ozonschicht-ozonloch/kurzinfo-schutz-der-ozonschicht/> (zuletzt aufgerufen am: 26.10.2016)